

Prognosen und andere Irrtümer

Muss man eine rosige Zukunft prognostizieren, um ein guter Ökonom zu sein?

von

Heiner Flassbeck und Friederike Spiecker

Für Nachdenkseiten.de, Januar 2013

Die Jahreswende ist die Zeit, in der Ausblicke auf das vor uns liegende Jahr gegeben und gute Vorsätze gefasst werden, auf dass alles besser werde. Doch mit den guten Vorsätzen ist das so eine Sache. Wer etwas besser machen will, muss die in der Vergangenheit gemachten Fehler erst einmal erkennen, bevor er gegensteuern kann, von der Mühsal der Umsetzung vieler Vorsätze ganz abgesehen. Viel leichter ist das Leben für die, die sich die Fehlentwicklungen in der Vergangenheit gar nicht so genau anschauen und folglich auch keinen Anlass sehen, etwas zu ändern.

So bequem machen es sich alle Jahre wieder einige Ökonomen, die in ihren Wirtschaftsprognosen zu Jahresanfang darlegen, wie das aktuelle und das nächste Jahr verlaufen dürften. Nun ist, wie wir wissen, die Zukunft unsicher und die Prognose ein undankbares Geschäft. Mit Hilfe vorlaufender Indikatoren wie den Auftragseingängen in der Industrie oder den Baugenehmigungen lassen sich vielleicht die nächsten sechs Monate einigermaßen fundiert einschätzen, alles, was darüber hinaus geht, muss man schon gut begründen, will man eine ernsthafte Vorausschau abliefern.

Deutschlands Wirtschaftsleistung war im vierten Quartal 2012 rückläufig, und auch der Start ins neue Jahr sieht nicht rosig aus, weil die vorlaufenden Indikatoren noch immer auf totale Flaute stehen, die Weltwirtschaft mit neuen Problemen kämpft und große Teile Europas in einer tiefen Rezession stecken, die selbst von Optimisten in Brüssel für das Jahr 2013 noch nicht als überwunden angenommen wird. Eigentlich müsste man fragen, ob es noch schlimmer werden kann, doch schon für das zweite Halbjahr schöpfen fast alle Prognostiker zumindest für Deutschland neue Hoffnung und setzen voller Optimismus auf 2014.

Das gilt für den Sachverständigenrat oder auch für das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), das wie üblich zu Beginn des Jahres seine Prognose für 2013 vorgelegt hat. Bemerkenswert ist aber, welche positive Entwicklung sie für das Jahr 2014 voraussehen. Kein Zweifel, wer weit in die Zukunft schauen will, steht vor einem Dilemma: Harte Daten, die eine Prognose über einen Ein-Jahreszeitraum hinaus nachvollziehbar unterfüttern könnten, gibt es nicht, doch wird der weite Blick oft von den Auftraggebern verlangt. Die gleichen Auftraggeber werden aber die Fähigkeit, so weit in die Zukunft zu schauen, sofort in Zweifel ziehen, wenn eine stark ins Negative tendierende Vorhersage heraus käme, die den Auftraggebern politisch ungelegen wäre. Und das ist regelmäßig der Fall, weil eine Regierung durch negative Wirtschaftsprognosen in Bedrängnis gerät, nicht zuletzt in einem Bundestagswahljahr. Kämen Prognosen auf den Tisch, die klar

eine Abwärtsspirale skizzieren, sähen sich die Prognostiker sofort kritischen Nachfragen von Seiten ihrer Zuwendungsgeber ausgesetzt, auf welche harten Fakten sich solche Vorhersagen denn stützten. Blickt man jedoch einigermaßen frohgemut in die fernere Zukunft und sieht zumindest am Ende des Prognosezeitraums eine Aufwärtsbewegung, unterbleiben solche Nachfragen. Das drängt die Prognostiker tendenziell in einen Positiv-Bias.

Natürlich macht man mit Prognosen so gut wie nie eine Punktlandung, trifft oft kaum die Größenordnung bei den einzelnen Aggregaten. Aber dass systematisch Prognosemuster zum Zuge kommen, die einen positiven Ausblick geben, stellt den Sinn solcher längerfristigen Vorhersagen nicht nur in Frage, es hat verheerende politische Folgen. Warum sollten sich die verantwortlichen Politiker in einer kritischen Situation wie derzeit Gedanken über eine grundlegende Änderung der Wirtschaftspolitik machen, wenn fast alle ihnen vorliegenden Prognosen einen Aufschwung für das Jahr 2014 vorhersagen? Das galt auch schon im Vorjahr: Das DIW hatte in seiner Prognose von Anfang 2012 für das Jahr 2013 natürlich auch einen Aufschwung vorhergesagt, was sonst? Es kam sogar genau auf die gleiche Zahl, 2,2 Prozent, wie sie jetzt für das Jahr 2014 wieder angenommen wird.

Vor einem Jahr glaubte das DIW noch an einen von inländischen Ausrüstungsinvestitionen und einem satten Exportüberschuss getragenen Aufschwung 2013. Es hielt ein Plus bei den Ausrüstungsinvestitionen von knapp 7 Prozent für möglich. Heute geht es von einem Rückgang der Investitionen im laufenden Jahr von 1,5 Prozent aus, hofft aber für 2014 auf einen Boom von gut 11 Prozent. Gleichzeitig soll der private Konsum um gut 1 Prozent dieses und 1,5 Prozent nächstes Jahr zulegen, was zwar im Vergleich zur relativ schwachen Entwicklung der Masseneinkommen eine gewagte Vermutung ist, aber zum prognostizierten Investitionsboom auch wieder nicht recht passen will. Bei der Größenordnung des Außenbeitrags – ein Plus von rund 160 Mrd. Euro für 2013 – hat sich die Einschätzung von vor einem Jahr praktisch nicht geändert. Für das kommende Jahr hält man sogar eine Steigerung des Schuldenbergs des Auslands bei uns auf gut 168 Mrd. Euro für wahrscheinlich.

An diesem Prognosemuster lässt sich ablesen, woher die Ökonomen ihren Optimismus nehmen: Sie glauben an die Wirksamkeit der sog. Angebotspolitik, einer Denkrichtung, die einen Investitionsboom für möglich hält auch ohne Untermauerung durch ein solides inländisches Konsumwachstum. So kann es einen Investitionsboom etwa dank großer Exportstärke geben, dem selbst dann keinerlei Grenzen gesetzt sind, wenn die Verschuldungsfähigkeit und -bereitschaft der Abnehmerländer zum Problem Nummer eins der Wirtschaftspolitik aufgestiegen ist.

Nun mag ein weiteres Anwachsen des Schuldenbergs des Auslands bei uns, ja sogar eine Beschleunigung dieses Schuldenwachstums im Bereich des Möglichen liegen (denn um nichts anderes handelt es sich ja bei zunehmenden deutschen Exportüberschüssen). Schließlich ist die de facto Erholung des deutschen Außenbeitrags seit seinem Absturz von rekordverdächtigen 170 Mrd. Euro (2007) auf 117 Mrd. Euro (2009) auf immerhin schon wieder 152 Mrd. Euro im Jahr 2012 erstaunlich genug. Nur sucht der Leser vergeblich nach Hinweisen, mit welchen Risiken eine solche sich 2013 und 2014 fortsetzende Entwicklung verbunden ist. Selbst wenn die erneut zunehmende Schuldenlast des Auslands weniger von den Südeuropäern und mehr von den Asiaten oder den Amerikanern getragen würde, stellt sie ein Pulverfass dar. Denn in einem solchen Fall könnten die Devisenmärkte unmittelbar mit einer Aufwertung des Euro reagieren bzw. die Notenbanken der USA, Japans oder Chinas mit expansiver Geldpolitik dagegen halten. Das träfe Deutschlands Exportsektor, aber – viel schlimmer – träfe es auch alle anderen Eu-

roländer, die ohnehin samt und sonders in der Rezession stecken und dringend auf Nachfrage aus dem Ausland angewiesen sind. Speist sich der prognostizierte deutsche Exportüberschuss jedoch weiterhin zu erheblichen Teilen aus Defiziten der europäischen Handelspartner, lässt das ebenfalls nichts Gutes ahnen. Denn dann wird dort direkt die Chance auf eine Aufwärtsbewegung gemindert, was die gesamte Lage weiter destabilisiert. Dann nähme der politische Druck auf deren Regierungen niemals ab, noch mehr zu sparen, zu reformieren und zu "flexibilisieren". In beiden Fällen erhält die Abwärtsspirale in Europa neuen Schwung.

Eine seriöse Politikberatung müsste die Bundesregierung also darauf hinweisen, dass eine solche Entwicklung unseres Außenhandels katastrophal wäre, ganz egal, ob sich die Wachstumszahl für 2013 oder 2014 auf diese Weise schön rechnen lässt. Sie müsste von der Wirtschaftspolitik einfordern, einer solchen Entwicklung entgegen zu wirken, und zwar auf zwei Arten: Zum einen durch eine adäquat expansive Fiskalpolitik, zum anderen durch eine klare Stärkung der Lohnpolitik zugunsten der Arbeitseinkommen, vor allem in den unteren und untersten Lohnbereichen – das Thema Mindestlohn und flächendeckender Tarifvertrag lässt grüßen.

Doch für einen solchen Ratschlag müsste man alte, selbst aufgebaute und lang verteidigte Bastionen wie Schuldenbremse, Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, motivierende Sozialhilfe etc. räumen, um als Berater glaubwürdig auftreten zu können. Und das ist wohl zu viel verlangt in einem Wahljahr, in dem sich selbst die Opposition nicht in der Lage sieht, die größten wirtschaftspolitischen Fehler ihrer früheren Regierungsjahre einzugestehen und Besserung zu geloben.

Kaum jemand stellt hierzulande die Frage, wie Deutschland wirtschaften will, wenn einmal die Wachstumsbeiträge vom Außenhandel Jahr für Jahr negativ wären (das hieße, die Exportüberschüsse zunächst senken) und Deutschland schließlich mit Defiziten im Außenhandel leben müsste (dann erst fände ein Abbau der Schulden des Auslands bei uns statt). Ein solcher Gedanke wird einfach durch den Hinweis auf Deutschlands ganz besondere „Exportorientierung“ und "traditionelle Exportstärke" weggewischt und permanent positive Beiträge vom Außenhandel werden zur Normalität erklärt. Die gesamte internationale Diskussion um globale Ungleichgewichte und die Betroffenheit der Schuldnerländer von der von den Gläubigerländern verordneten Austeritätspolitik wird weitgehend ausgeblendet. Doch wehe, jemand käme auf die Idee, den Freihandel in Frage zu stellen. Würden andere Länder auch nur daran denken, den Handel einzuschränken, gäbe es in Deutschland ein enormes Zetermordio.

Seit ihrer Gründung beschäftigen sich die G 20 – das sind immerhin die wirtschaftlich gesehen 20 wichtigsten Länder der Welt und das ist die einzige globale wirtschaftspolitische Diskussion mit politischem Gewicht – mit keinem Thema so ausführlich und kritisch wie mit den permanenten Exportüberschüssen einiger weniger großer Länder dieser Welt. In dem Land, das nach allen Kriterien, die man sich denken kann, derzeit der anerkannt größte Sünder ist, hält man es nicht einmal für nötig, darüber ein Wort zu verlieren. Das ist nicht nur provinziell, sondern gefährlich, weil den deutschen Bürgern vorgegaukelt wird, dass hierzulande mit Fleiß und Könnerschaft alles richtig gemacht wird und nur die anderen nicht zu wirtschaften wissen und lieber die Hand aufhalten, um an schwer erarbeitete deutsche Steuergelder heranzukommen. Mag dieser selbstgerechte Traum auch noch ein Weilchen anhalten, das Erwachen aus ihm wird mit Sicherheit kommen und sehr bitter sein.

Denn wir werden es erleben, dass der Rest der Welt und insbesondere die Länder im Euroraum nicht mehr bereit sein werden, eigene neue Verschuldung hinzunehmen, nur

weil Deutschland kein weltwirtschaftsverträgliches Wirtschaftsmodell findet, bei dem die Binnennachfrage so stark wächst, dass trotz negativer Beiträge vom Außenhandel eine befriedigende gesamtwirtschaftliche Entwicklung möglich ist. Schon jetzt gibt es erste Versuche kompetitiver Abwertungen gegenüber dem Euro, und diese Entwicklung wird sich verstärken. Selbst wenn darunter zuerst wieder die Krisenstaaten in Europa leiden, wird sich auch hier Deutschland längerfristig der Rechnung für seinen Exportwahn nicht entziehen können.

Solche Prognosen wie die des DIW oder des Sachverständigenrates sind politisch natürlich hochwillkommen. Unter dem Deckmäntelchen der Wissenschaft und scheinbar objektiver Bemühungen, die unsichere Zukunft zu deuten, wird hier vor allem Politik gemacht. Gesellschaftlich bedeuten sie eine massive Gefahr, weil sie systematisch von den großen Themen ablenken und der Politik die Möglichkeit geben, diesen Themen auszuweichen und Partialinteressen nachzugehen, bis der Krug schließlich bricht.